

Die Vororte gegen Berlin?

Der Verbandsdirektor für Verkehrsverfeuerung.

Für Montag, den 24. Juli, hat der Verbandsdirektor des Zweckverbandes Groß-Berlin den **U n t e r a u s s c h u ß**, der sich mit dem Antrage der Omnibusgesellschaft, in Wirklichkeit der Tarifierhöhung der Großen Berliner Straßenbahn beschäftigen soll, einberufen. In diesem Ausschuß ist Berlin nur durch drei Mitglieder vertreten, obwohl gerade Berlin am meisten durch die Fragen, die hier zur Entscheidung kommen sollen, betroffen wird. Zum Deckmantel für diese drohende Tarifierhöhung hat man den Antrag der Omnibus-Gesellschaft benützt, obwohl die Omnibus-Gesellschaft — und das weiß keiner sicherlich besser als der Verbandsdirektor — mit dem Zweckverband gar nichts zu tun hat. Inzwischen hat eine Korrespondenz, angeblich von „zuständiger Seite“, allerlei irreführende Mitteilungen über den Vertrag, den die Große Berliner Straßenbahn im Jahre 1911 mit der Stadt Berlin geschlossen hat, verbreitet. Der Berliner Magistrat hat bereits im gestrigen Abendblatt in knapper würdiger Form die Behauptungen der „zuständigen Seite“ widerlegt. Warum hat aber diese „zuständige Seite“ — sie hatte doch die Gelegenheit so nahe — nicht einmal nachgefragt, warum der Antrag der Omnibus-Gesellschaft volle vier Monate liegen bleiben mußte, bis die Hochflut der Lebensmittel-sorgen und die Vertagung der Gemeindevertretungen während der Ferien eintrat? Hat am Ende die „zuständige Seite“ geglaubt, daß dieser Zeitpunkt für gewisse gegen Berlin gerichtete Bestrebungen der günstigste ist? Soll jetzt in der Zeit des Burgfriedens, wo man alle Bevölkerungsklassen mahnt, den inneren Frieden zu wahren, das alte Spiel wieder beginnen, daß die Vororte gegen Berlin ausgespielt werden? Fast scheint es so.

Ist es nicht recht ergötzlich, anzusehen, wie hier der Verbandsdirektor, dessen Aufgabe es ist, dem Ganzen zu dienen und die Auseinandersetzungen zu gemeinschaftlich Groß-Berliner Arbeit zusammenzuhalten, an alte Wunden und Streitigkeiten rührt und künstlich einen Gegensatz zwischen Berlin und den Nachbarorten herbeizuführen bestrebt ist.

Die Verfassung des Zweckverbandes ist leider so unglücklich, daß derartige Quertreibereien nicht im Keime von kräftiger Hand unterdrückt werden können, und es bleibt immer nur wieder das Anrufen der Öffentlichkeit als äußerstes Hilfsmittel übrig, um den kleinlichen Sondergeist zu bekämpfen. In der Bürgerschaft lebt, das haben erfreulicherweise die Ereignisse der letzten Monate gezeigt, ein starker großberliner Gemeinschaftsgeist. Es wird Sache der für Groß-Berlin verantwortlichen Männer sein, diesen Geist lebendig zu erhalten, ihm alle noch verschlossenen Amtsstuben zu öffnen und alle Sonderinteressen, die ihn zu erwürgen suchen, mannhaft zu bekämpfen. So lange die Staatsregierung keine Zeit hat, dem wichtigsten innerpolitischen Problem der Groß-Berliner Verwaltungs-Organisation näher zu treten, muß die Öffentlichkeit immer wieder darauf hingewiesen werden, daß hier eine wichtige Frage eines weitblickenden staatsmännischen Kopfes harret.

Mit Recht betont der Berliner Magistrat in seiner gestrigen Zurückweisung des plumpen Vorstoßes aus dem Hüttchen des Verbandsdirektors, daß es doch recht eigentümlich ist, dem Gesamtverkehr von 605 Millionen eine Tarifierhöhung aufzubürden, weil eine solche für die Omnibusgesellschaft mit ihren noch nicht 95 Millionen Fahrgästen im Jahre nötig sei. Es ist ganz der agrarische Hypankengang, der wegen eines kleinen Bruchteils unter ungünstigen Bedingungen produzierender Landwirte für die Gesamtheit der Landwirte die Hochhaltung der Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse fördert. Jetzt im Kriege, wo man weder im Verkehrsleben die Omnibusgesellschaft noch in der Lebensmittelversorgung die ungünstigst gelegenen Erzeuger entbehren kann, sind die weiter sehenden Staatsmänner bereits auf einen andern Ausweg gekommen, nämlich die unter besonders ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Betriebe während der Kriegszeit besonders zu unterstützen und nicht der Allgemeinheit der Verbraucher wegen dieses kleinen Bruchteils besondere erhöhte Lasten aufzubürden. Das ist der Weg, auf den bereits die „Vossische Zeitung“ angesichts der Notlage der Omnibus-Gesellschaft hingewiesen hat. Hier ist es Sache der einzelnen Gemeinden, den Notstand der Omnibusgesellschaft abzuwenden und nicht dem ganzen Verkehrsgebiet von Groß-Berlin dauernd eine neue Last aufzubürden, bloß weil dem Herrn Verbandsdirektor der Berliner Vergleichsvertrag von 1911 nicht gefällt, der seinerzeit unter dem lebhaftesten Beifall der Staatsregierung zustande gekommen ist. Interessant ist auch, daß der Magistrat Berlin, der ja durch seine Aufsichtsratsmitglieder darüber unterrichtet sein muß, wieder feststellen kann, daß wie hier bereits von der Straßenbahn mitgeteilt worden ist, sie selbst gar keinen Antrag auf Tarifierhöhung gestellt hat. Die „Große“ hat doch ein märchenhaftes Glück. Von ihrem ersten für sie angeblich unglücklichen Vertrag mit der Stadt Berlin befreite sie ein von ihr aus dem Ministerium geholter Ministerialdirektor, und von dem jetzigen angeblich wieder so „ungünstigen“ Vertrag will sie ohne ihr Zutun der Verbandsdirektor befreien, weil er den Ehrgeiz hat, selbst einen eigenen Vertrag mit eigenen Einnahmen für seine Verwaltung zu schließen.